Antrag an den Integrationsrat der Stadt XXXX

10+1 Bäume für die Opfer des NSU

Einführung:

Die Förderung einer lebendigen Erinnerungskultur hat in unserer Kommune und im Bundesland NRW eine außerordentliche Bedeutung und wird stetig mit verschiedenen Institutionen weiterentwickelt. In jüngster Zeit wurden immer wieder Erinnerungsstätten für die Opfer der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter geschändet bzw. zerstört. Der Integrationsrat möchte dieser Entwicklung entgegentreten und ein Zeichen setzen, das auf die Bedeutung einer lebendigen Erinnerungskultur hinweist.

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat bittet den Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- Die Errichtung eines Erinnerungsortes für die zehn NSU-Opfer und die weiteren Opfer, die durch rechtsextremistische Angriffe zu Tode gekommen sind.
- Die Gedenkstätte besteht aus elf neu angepflanzten Bäumen und einer Gedenktafel. Auf der Gedenktafel werden die Opfer des NSU namentlich genannt.

Begründung:

Die Realisierung des Gedenkortes für die Opfer des NSU und rechtsextremen Terrors, die Aufklärung über die Tat und Täter sind eine gesamtstaatliche und -gesellschaftliche Aufgabe. Sie muss dem Anspruch unserer Kommune als einem Ort des vielfältigen und friedlichen Zusammenlebens gerecht werden. Das Ziel ist es, mit dem geplanten Erinnerungsort über die Dimension dieser Verbrechen zu informieren und zu gedenken.

Der Landesintegrationsrat NRW regt mit der Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ die Integrationsräte in NRW an, in ihren Kommunen an einem geeigneten Ort an die Opfer des Rassismus und Rechtsextremismus zu erinnern. Dabei sollen in jeder Kommune elf neue Bäume angepflanzt werden. Die Zahl elf ergibt sich aus zehn Bäumen für die zehn Opfer des NSU und einem Baum für alle weiteren Opfer rassistischer Angriffe. Das aufklärerische Mahnmal in der Stadt XXXX steht somit in Bezug zu den weiteren geplanten Mahnmalen in anderen Kommunen.

Die Pflege der Bäume kann durch Patenschaften gesichert werden. Beispielsweise können die Schulen, die dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ angehören, die Verantwortung für die Bereuung der Bäume übernehmen. Auch Bürgerinitiativen, kommunale Ämter oder Privatpersonen kommen als Paten in Frage.

Des Weiteren ist eine Kooperation mit dem Grünflächenamt der Stadt XXXX in Betracht zu ziehen, was die Anpflanzung und die Pflege der Bäume betrifft.

Weitere Informationen sind der Broschüre zur Kampagne „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ des Landesintegrationsrates NRW zu entnehmen, die als Anlage angefügt ist.